



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI

**Bundesamt für Gesundheit BAG**  
Direktionsbereich Gesundheitspolitik

**BAG**, Februar 2017

---

## **Bericht über die Ergebnisse des Anhörungsverfahrens zu den Entwürfen der Prüfungsverordnung MedBG und der Prüfungsformenverordnung**

---

## **Inhaltsverzeichnis**

<b>1</b>	<b>Ausgangslage</b>	<b>3</b>
<b>2</b>	<b>Zum Anhörungsverfahren</b>	<b>3</b>
<b>3</b>	<b>Zusammenfassung der Ergebnisse</b>	<b>3</b>
<b>4</b>	<b>Die Ergebnisse im Einzelnen</b>	<b>4</b>
<b>4.1</b>	<b>Prüfungsverordnung MedBG .....</b>	<b>4</b>
<b>4.2</b>	<b>Zusätzliche Bemerkungen und Anträge zur Prüfungsverordnung MedBG .....</b>	<b>6</b>
<b>4.3</b>	<b>Prüfungsformenverordnung .....</b>	<b>7</b>
<b>5</b>	<b>Anhänge</b>	<b>8</b>
<b>5.1</b>	<b>Anhang 1: Liste der Vernehmlassungsadressaten/ Liste des destinataires/ Elenco dei destinatari.....</b>	<b>8</b>
<b>5.2</b>	<b>Anhang 2: Statistische Übersicht .....</b>	<b>13</b>

# 1 Ausgangslage

Die Prüfungsverordnung MedBG ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten und die erste Revision der Verordnung trat am 1. Januar 2011 in Kraft. Die Bestimmungen haben sich in der Praxis grundsätzlich bewährt.

Die einzelnen Medizinalberufe haben ihre Lernzielkataloge weiterentwickelt. Diese Entwicklungen und weitere gestützt auf die Revision vom 20. März 2015<sup>1</sup> des Medizinalberufegesetzes vom 23. Juni 2006<sup>2</sup> (MedBG) notwendigen Anpassungen der Lernzielkataloge machen eine Revision der Prüfungsverordnung MedBG notwendig. Diese bietet zudem die Gelegenheit, weitere Punkte anzupassen oder zu ergänzen.

## 2 Zum Anhörungsverfahren

Das Anhörungsverfahren zur abschliessenden Inkraftsetzung der Änderungen vom 20. März 2015 des MedBG wurde am 18. März 2016 eröffnet und dauerte drei Monate, bis zum 24. Juni 2016. Insgesamt wurden 66 Adressatinnen und Adressaten begrüsst (vgl. Anhang 1, Liste der Anhörungsadressaten), darunter die Kantonsregierungen und interkantonale Organisationen, Organisationen des Gesundheitswesens und die betroffenen Berufsorganisationen. Die Anhörung wurde für die Verordnung über die abschliessende Inkraftsetzung der Änderungen vom 20. März 2015 des MedBG sowie die Revisionen der MedBV, der Registerverordnung MedBG, der Prüfungsverordnung MedBG und der Prüfungsformenverordnung gemeinsam durchgeführt. Im Rahmen der Anhörung sind insgesamt 60 Stellungnahmen eingegangen (43 Adressaten der Anhörung und 17 nicht begrüsst Stellungnehmende). Stellung genommen haben 25 Kantone, die GDK sowie 34 Organisationen und weitere interessierte Kreise.

Der vorliegende Bericht enthält die Zusammenfassung der Anhörungsergebnisse, gefolgt von detaillierten Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen der Anhörungsteilnehmenden sind in Anhang 1 aufgeführt.

## 3 Zusammenfassung der Ergebnisse

Von den insgesamt eingegangenen Stellungnahmen äusserten sich 19 Stellungnehmende (8 Kantone, die GDK sowie 10 Stellungnahmen von Organisationen und weiteren interessierten Kreisen) zwar zur Revision der Medizinalberufeverordnung und/ oder zur Totalrevision der Registerverordnung MedBG, nicht aber zur Revision der Prüfungsverordnung MedBG und zur Prüfungsformenverordnung. Direkte oder indirekte Stellungnahmen zur Revision der Prüfungsverordnung MedBG und der Prüfungsformenverordnung:

- 14 Stellungnehmende (9 Kantone, 5 Stellungnahmen von Organisationen und weiteren interessierten Kreisen) äusserten ihr generelles Einverständnis zur abschliessenden Inkraftsetzung der Änderungen vom 20. März 2015 des MedBG ohne spezifische Bemerkungen zur Prüfungsverordnung MedBG und/oder der Prüfungsformenverordnung anzubringen.
- 2 Kantone verzichteten ausdrücklich auf eine Stellungnahme.
- 25 Stellungnehmende (6 Kantone, 19 Stellungnahmen von Organisationen und weiteren interessierten Kreisen) äusserten sich konkret zur Prüfungsverordnung MedBG.
- Nur 1 der zur Vernehmlassung eingeladenen Organisationen und weiteren interessierten Kreise hat sich zusätzlich zur Prüfungsverordnung MedBG auch zur Prüfungsformenverordnung geäussert.

---

<sup>1</sup> BBI 2015 2711

<sup>2</sup> SR 811.11

## 4 Die Ergebnisse im Einzelnen

### 4.1 Prüfungsverordnung MedBG

#### Artikel 3

**VD** und **Direktion der Universität Lausanne (Uni VD)** bemerken, dass in Absatz 1 anstelle des Begriffs „Lernzielkatalog“ („catalogues suisses des objectifs“) besser von einem „référentiel de compétences“ gesprochen werden sollte.

**Santésuisse** begrüsst die Anpassung der Lernzielkataloge bezüglich Komplementärmedizin und medizinischer Grundversorgung. Diese Anpassung sei die Voraussetzung dafür, dass die neuen Ausbildungsziele auch in der eidgenössischen Prüfung berücksichtigt werden könnten.

#### Artikel 5 Absatz 4

**GSASA** und **pharmaSuisse** erscheint die Regel, wonach innerhalb einer Einzelprüfung die Leistungen in Teilprüfungen gegenseitig kompensiert werden können, problematisch. Es gebe Wissensdefizite in Teilprüfungen, welche mit der künftigen Berufsausübung nicht kompatibel seien und deshalb nicht kompensiert werden dürften.

#### Artikel 5a

**BS** bemerkt, dass nach Artikel 3 Absatz 2 und Artikel 5a unklar bleibe, ob das EDI oder die MEBEKO die Grundsätze und Einzelheiten der verschiedenen Prüfungsformen festlege.

**MEBEKO** beantragt in Buchstabe b die Ergänzung des Titels der „Richtlinien über die Details der Durchführung der eidgenössischen Prüfung“ mit dem Zusatz „und die erlaubten Hilfsmittel“. Die Kompetenz für die Festlegung der erlaubten Hilfsmittel liege nun neu bei der MEBEKO und sei nicht mehr Sache der Präsidentin bzw. des Präsidenten der Prüfungskommissionen. Die Aufnahme in die Bezeichnung rechtfertige sich aufgrund der Wichtigkeit dieser Aufgabe.

#### Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe d

**BS** und **MEBEKO** schlagen vor, als Ersatz für den zu streichenden Buchstaben d (MEBEKO) oder mit einem zusätzlichen Buchstaben h (BS), einzufügen, dass die Prüfungskommission der MEBEKO, Ressort Ausbildung, diejenigen Anpassungsmassnahmen vorschlägt, die zum Ausgleich des behindertenbedingten Nachteils geeignet sind. Die Kompetenz der MEBEKO sei in Artikel 12a Absatz 2 aufgeführt, der Aufgabenkatalog der Prüfungskommissionen in Artikel 7 müsse daher dementsprechend ergänzt werden.

#### Artikel 12a

Zum Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen haben sich geäußert **JU, VD, BEKAG, Collège des Doyens, FMH, Inclusion Handicap, Dekanat der Medizinischen Fakultät der Universität Zürich (Uni ZH), SIWF, Schweizerische Medizinische Interfakultätskommission (SMIFK), SVP, Unil, VLSS und VSAO**. Der Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen wird in keiner Stellungnahme grundsätzlich abgelehnt.

**JU, VD und Uni VD** begrüßen die vorgesehene Möglichkeit des Nachteilsausgleichs für Menschen mit Behinderungen. Für VD und Unil muss diese Möglichkeit publik gemacht werden (z.B. Internetseite der MEBEKO). Nur so könnten die betroffenen Personen ihr Recht wahrnehmen. Zudem sei es richtig, dass der Nachteilsausgleich nicht zu einer Herabsetzung der Prüfungsanforderungen führen dürfe.

**Inclusion Handicap** verlangt das Überdenken des letzten Satzes von Absatz 2; insbesondere der Begriffe „keine Herabsetzung der Prüfungsanforderungen“ und „sich mit verhältnismässigem Aufwand realisieren lassen“. Es müsse sichergestellt werden, dass nur Anpassungsmassnahmen ausgeschlossen seien, die die wesentlichen Aspekte der Prüfungsanforderungen tangierten.

Aus Sicht von **SIWF, VSAO, SMIFK und Collège des Doyens** soll die Ausbildung zur Ärztin/zum Arzt nach Möglichkeit auch bei körperlicher Behinderung ermöglicht werden.

Nach **FMH und Uni ZH** dürften Personen mit geistigen oder psychisch-seelischen Beeinträchtigungen nicht Ärztin/Arzt werden, wenn die Beeinträchtigung die Patientensicherheit gefährde.

**BEKAG, VLSS und SVP** verlangen, dass der Nachteilsausgleich für Menschen mit Behinderungen auf physische (körperliche) Behinderungen beschränkt bleibe und nicht für geistige oder psychisch-seelische Beeinträchtigungen gelten dürfe.

Nach **BEKAG** und **VLSS** würden Personen mit geistigen oder psychisch-seelischen Einschränkungen bereits die allgemeinen Voraussetzungen des MedBG für das Erlernen und Ausüben des Arztberufs oder eines anderen universitären Medizinalberufs nicht erfüllen. Das Interesse der Patientinnen und Patienten, nicht von Ärztinnen und Ärzten mit psychischer Behinderung behandelt zu werden, überwiege die Interessen derart behinderten Studentinnen und Studenten, welche den Arztberuf erlernen möchten.

Die **SVP** bringt vor, dass es bei geistigen oder psychisch-seelischen Beeinträchtigungen wie Konzentrationsstörungen und Lese-Rechtschreibeschwächen sehr schwierig festzustellen sei, ob es sich um eine Behinderung oder lediglich um eine verminderte geistige Leistungsfähigkeit handle. Daher müssten diese Beeinträchtigungen von Ausgleichsmassnahmen ausgenommen werden. Die Ausübung eines durch das MedBG geregelten Berufs stelle hohe Anforderungen an die intellektuellen Kapazitäten der Ausübenden. In der täglichen Berufsausübung sei es, anders als in einer Prüfungssituation, nicht immer möglich, Kompensationsmassnahmen zu treffen. So könne sich ein Chirurg, der eine mehrstündige Operation durchführen müsse, nicht auf ein Aufmerksamkeitsdefizit berufen und deshalb die Operation verlängern. Ebenso wenig könne eine Leseschwäche als Vorwand gelten, wieso ein Arzt keine Fachartikel lesen müsse, obwohl das zur beruflichen Weiterbildung unabdingbar wäre.

#### **Artikel 12b**

**FR:** In den Erläuterungen werde darauf hingewiesen, dass das Prinzip beibehalten werde, wonach die eidgenössische Prüfung an demjenigen Prüfungsstandort abgelegt werden müsse, wo die Kandidatin bzw. der Kandidat das Studium abgeschlossen habe. Diese Bestimmung sei indessen neu und FR schlägt vor, dies in den Erläuterungen ausdrücklich zu erwähnen.

#### **Artikel 12c**

**FR** bringt vor Artikel 12c suggeriere, dass die Kandidatinnen und Kandidaten den Prüfungssitz frei wählen könnten. Dies stehe im Widerspruch zu Artikel 12b, der den Transfer an einen anderen Prüfungsstandort nur aus organisatorischen Gründen vorsehe. Zudem beziehe sich Artikel 12c auf die Amtssprache des Prüfungsstandortes. Die Universität Freiburg plane einen Masterstudiengang in Humanmedizin und könne somit zu einem zweisprachigen Standort der eidgenössischen Prüfung werden. In den Erläuterungen werde zwar die Möglichkeit erwähnt, dass Italienisch zu einer neuen Prüfungssprache werden könnte, die Möglichkeit eines zweisprachigen Prüfungsstandortes werde jedoch nicht abgehandelt. Daher müsse der Text um die Möglichkeit eines zweisprachigen Prüfungsstandortes ergänzt werden.

**ChiroSuisse** beantragt, dass für Chiropraktorerinnen und Chiropraktoren die Ausnahmeregelung Anwendung finde und neben einer Prüfung in deutscher auch eine Prüfung in französischer Sprache angeboten werde. Dies sei notwendig, weil es nur einen Studiengang in der Deutschschweiz gebe und um französischsprachige Kandidatinnen und Kandidaten, die an einer ausländischen universitären Ausbildungsstätte studiert hätten, nicht zu diskriminieren.

#### **Artikel 13 Absatz 2 Einleitungssatz**

Gemäss **JU** fehlt hier ein Teil.

#### **Artikel 25**

**JU** verlangt, dass die Datenbekanntgabe an den Koordinierten Sanitätsdienst nicht von sich aus erfolge, sondern gerechtfertigt sein müsse.

**ZG** begrüsst die Einschränkung der Datenbekanntgabe an das Sekretariat des Koordinierten Sanitätsdienstes bzw. an das BLV „auf Anfrage“. Eine automatische Bekanntgabe von Personendaten ohne jeglichen Nachweis, dass der Empfänger diese tatsächlich zur Erfüllung seiner Aufgaben benötigt, widerspreche dem im Verwaltungs- und Datenschutzrecht geltenden Verhältnismässigkeitsgrundsatz und wäre daher unzulässig.

#### **Artikel 29 Absatz 2**

**VD** und **Uni VD** begrüssen, dass nun die effektiven Kosten der Organisation und Durchführung der Prüfungen berücksichtigt würden.

**ChiroSuisse** wendet ein, die Entschädigung nach Kandidatenanzahl mache für die eidgenössische Prüfung in Chiropraktik angesichts der geringen Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten und der aufwändigen strukturierten praktischen Prüfung keinen Sinn. Daher sei es angebracht und sinnvoll, das bewährte bisherige System beizubehalten. Es werde daher beantragt, dass für die eidgenössische Prüfung in Chiropraktik wie bis anhin der Aufwand aufgrund einer Mischrechnung zwischen Projekt- und Standortverantwortlichen entgolten werde.

**SVP** lehnt die Erhöhung der Entschädigungen für die Standortverantwortlichen ab und beantragt, die Entschädigungen auf dem bestehenden Niveau zu belassen, weil sie angemessen seien. Selbst wenn die Mehrkosten innerhalb der für die eidgenössischen Prüfungen der universitären Medizinalberufe gesprochenen Mittel zu kompensieren seien, sei jedoch absehbar, dass diese Kosten eher früher als später dazu führen würden, eine Erhöhung der Mittel für die eidgenössischen Prüfungen zu beantragen. Angesichts der fehlenden Notwendigkeit und der derzeit angespannten Lage der Bundesfinanzen sei deshalb eine Erhöhung der Entschädigung abzulehnen.

## **4.2 Zusätzliche Bemerkungen und Anträge zur Prüfungsverordnung MedBG**

### **Artikel 6**

**SH** äussert sich zur Berücksichtigung der Berufserfahrung im schweizerischen Gesundheitswesen im Hinblick auf die Festlegung der Bedingungen für den Erwerb des eidgenössischen Diploms (für die indirekte Diplomanerkennung werde ebenfalls Berufserfahrung verlangt). **SH** erhalte vermehrt Anfragen von Zahnärzten mit ausserhalb der EU/EFTA erworbenen Diplomen, welche die Berufserfahrung in **SH** erwerben möchten, weil der Wohnkanton eine solche Tätigkeit nicht zulasse. Es wäre sinnvoll, wenn der Erwerb der Praxiserfahrung schweizweit einheitlich möglich wäre, indem dies beispielsweise in der Prüfungsverordnung MedBG festgehalten würde. So könnte die MEBEKO die Bedingungen für die Anrechnung der Berufserfahrung generell oder im Einzelfall genau festlegen. Dies würde es den Kantonen erlauben, klar umschriebene und befristete Ausnahmewilligungen für überwachte Tätigkeiten zu erteilen. Mit einer befristeten und kontrollierten Tätigkeit könnten mehrjährige Tätigkeiten ohne Qualifikationsnachweise und ohne Absicht, ein eidgenössisches Diplom zu erwerben bzw. eine Diplomanerkennung zu erlangen, unterbunden werden.

### **Artikel 11**

**GST** wünscht, dass eine Hochschule vorsehen kann, dass unter gewissen Voraussetzungen eine eidgenössische Prüfung innerhalb von drei Monaten wiederholt werden könne. Dies würde der Hochschulautonomie und der Verhältnismässigkeit für die Studierenden der Veterinärmedizin dienen, ohne dass die Qualität der Ausbildung beeinträchtigt würde.

**MEBEKO, Lehrkommission der Vetsuisse-Fakultät der Universitäten Bern und Zürich (Vetsuisse-Fakultät) und Dekanat der Vetsuisse-Fakultät der Universität Bern (Vetsuisse BE)** beantragen die Einführung einer Wiederholungsmöglichkeit der eidgenössischen Prüfung in Veterinärmedizin unter gewissen Voraussetzungen bereits nach einer kürzeren Frist als einem ganzen Jahr. Die eidgenössische Prüfung in Veterinärmedizin bestehe aus vier praktischen Einzelprüfungen. Werde nur eine der vier Einzelprüfungen nicht bestanden, so bedeute dies für die betroffenen Personen den Verlust eines ganzen Jahres. Dies sei in Anbetracht des geringen Aufwandes für die Organisation einer derartigen Prüfung unverhältnismässig. Zudem sei es den Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten bewusst, dass

eine Kandidatin bzw. ein Kandidat bei einem knapp ungenügenden Ergebnis in einer Einzelprüfung ein Jahr auf die Prüfungswiederholung warten müssten, was auch für die Expertinnen und Experten eine grosse Belastung darstelle. In Einzelfällen könne dies dazu führen, dass trotz knapp nicht ausreichender Prüfungsleistung die betreffende Einzelprüfung als bestanden erklärt werde, was dem Sinn und dem Qualitätsanspruch der eidgenössischen Prüfung eindeutig widerspreche.

### **4.3 Prüfungsformenverordnung**

#### **Artikel 4 Absatz 1**

**ChiroSuisse** geht davon aus, dass Chiropraktorinnen und Chiropraktoren unter die Ausnahmeregelung von Artikel 12c der Prüfungsverordnung MedBG fallen und verweist auf ihre Bemerkungen zu diesem Artikel.

## 5 Anhänge

### 5.1 Anhang 1: Liste der Vernehmlassungsadressaten/ Liste des destinataires/ Elenco dei destinatari

#### Kantone / Cantons / Cantoni

Abk. Abrév. Abbrev.	Adressaten / Destinataires / Destinatari
AG	Staatskanzlei des Kantons Aargau Chancellerie d'Etat du canton d'Argovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Argovia
AI	Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden Chancellerie d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Intérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Interno
AR	Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden Chancellerie d'Etat du canton d'Appenzell Rhodes-Extérieures Cancelleria dello Stato del Cantone di Appenzello Esterno
BE	Staatskanzlei des Kantons Bern Chancellerie d'Etat du canton de Berne Cancelleria dello Stato del Cantone di Berna
BL	Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft Chancellerie d'Etat du canton de Bâle-Campagne Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Campagna
BS	Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt Chancellerie d'Etat du canton de Bâle-Ville Cancelleria dello Stato del Cantone di Basilea Città
FR	Staatskanzlei des Kantons Freiburg Chancellerie d'Etat du canton de Fribourg Cancelleria dello Stato del Cantone di Friburgo
GE	Staatskanzlei des Kantons Genf Chancellerie d'Etat du canton de Genève Cancelleria dello Stato del Cantone di Ginevra
GL	Regierungskanzlei des Kantons Glarus Chancellerie d'Etat du canton de Glaris Cancelleria dello Stato del Cantone di Glarona
GR	Standeskanzlei des Kantons Graubünden Chancellerie d'Etat du canton des Grisons Cancelleria dello Stato del Cantone dei Grigioni
JU	Staatskanzlei des Kantons Jura Chancellerie d'Etat du canton du Jura Cancelleria dello Stato del Cantone del Giura
KdK CdC CdC	Konferenz der Kantonsregierungen Conférence des gouvernements cantonaux Conferenza dei governi cantonali
LU	Staatskanzlei des Kantons Luzern Chancellerie d'Etat du canton de Lucerne Cancelleria dello Stato del Cantone di Lucerna
NE	Staatskanzlei des Kantons Neuenburg Chancellerie d'Etat du canton de Neuchâtel

	Cancelleria dello Stato del Cantone di Neuchâtel
NW	Staatskanzlei des Kantons Nidwalden Chancellerie d'Etat du canton de Nidwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Nidvaldo
OW	Staatskanzlei des Kantons Obwalden Chancellerie d'Etat du canton d'Obwald Cancelleria dello Stato del Cantone di Obvaldo
SG	Staatskanzlei des Kantons St. Gallen Chancellerie d'Etat du canton de St-Gall Cancelleria dello Stato del Cantone di San Gallo
SH	Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen Chancellerie d'Etat du canton de Schaffhouse Cancelleria dello Stato del Cantone di Sciaffusa
SO	Staatskanzlei des Kantons Solothurn Chancellerie d'Etat du canton de Soleure Cancelleria dello Stato del Cantone di Soletta
SZ	Staatskanzlei des Kantons Schwyz Chancellerie d'Etat du canton de Schwyz Cancelleria dello Stato del Cantone di Svitto
TG	Staatskanzlei des Kantons Thurgau Chancellerie d'Etat du canton de Thurgovie Cancelleria dello Stato del Cantone di Turgovia
TI	Staatskanzlei des Kantons Tessin Chancellerie d'Etat du canton du Tessin Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino
UR	Standeskanzlei des Kantons Uri Chancellerie d'Etat du canton d'Uri Cancelleria dello Stato del Cantone di Uri
VD	Staatskanzlei des Kantons Waadt Chancellerie d'Etat du canton de Vaud Cancelleria dello Stato del Cantone di Vaud
VS	Staatskanzlei des Kantons Wallis Chancellerie d'Etat du canton du Valais Cancelleria dello Stato del Cantone del Vallese
ZG	Staatskanzlei des Kantons Zug Chancellerie d'Etat du canton de Zoug Cancelleria dello Stato del Cantone di Zugo
ZH	Staatskanzlei des Kantons Zürich Chancellerie d'Etat du canton de Zurich Cancelleria dello Stato del Cantone di Zurigo

### Legislativkommissionen / commissions législatives / commissioni legislative

Abk. Abrév. Abbrev.	Adressaten / Destinataires / Destinatari
SGK-S	Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit - Ständerat Commissions de la sécurité sociale et de la santé publique – Conseil des Etats Commissioni della sicurezza sociale e della sanità – Consiglio degli stati
SGK-N	Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit - Nationalrat Commissions de la sécurité sociale et de la santé publique – Conseil national Commissioni della sicurezza sociale e della sanità - Consiglio nazionale

**Liste der zusätzlichen Vernehmlassungsadressaten**

**Liste des destinataires supplémentaires**

**Elenco di ulteriori destinatari**

<b>Abk. Abrév. Abbrev.</b>	<b>Adressaten / Destinataires / Destinatari</b>
AAV	Aargauer Ärzteverband
ANQ	Nationale Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken ( <b>ANQ</b> ) Association nationale pour le développement de la qualité dans les hôpitaux et les cliniques Associazione nazionale per lo sviluppo della qualità in ospedali e cliniche
asep	Schweizerischer Pharmaziestudierenden Verein Association suisse des étudiants en pharmacie Associazione svizzera degli studenti in farmacia
AVCP	Waadtländer Verband der Privatkliniken Association vaudoise des cliniques privées (AVCP)
BEKAG	Ärztegesellschaft des Kantons Bern Société des médecins du canton de Berne (SMCB) Società dei medici del Cantone di Berna (SMCB)
ChiroSuisse	Schweizerischen Chiropraktoren-Gesellschaft ChiroSuisse (SCG) Association suisse des chiropraticiens ChiroSuisse (ASC) Associazione svizzera dei chiropratici ChiroSuisse (ASC)
CHUV	Centre hospitalier universitaire vaudois (CHUV), Lausanne Waadtländer Universitätsspital (CHUV), Lausanne Centro ospedaliero universitario vodese (CHUV), Losanna
DVSP	Dachverband Schweizerischer Patientenstellen (DVSP) Fédération suisse des patients
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH) Fédération des médecins suisses Federazione dei medici svizzeri
GDK	Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und Gesundheitsdirektoren (GDK) Conférence suisse des directrices et directeurs cantonaux de la santé (CDS) Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (CDS)
GSASA	Gesellschaft der Schweizerischen Amts- und Spitalapotheker (GSASA) Société suisse des pharmaciens de l'administration et des hôpitaux
GSIA	Gesellschaft der Schweizerischen Industrie-ApothekerInnen (GSIA) Société suisse des pharmaciens d'industrie (SSPI)
GST	Gesellschaft Schweizer Tierärztinnen und Tierärzte (GST) Société des vétérinaires suisses (SVS) Società dei veterinari svizzeri (SVS)
H+	H+ Die Spitäler der Schweiz H+ Les Hôpitaux de Suisse H+ Gli Ospedali Svizzeri
HUG	Hôpitaux universitaires de Genève (HUG) Universitätsspital Genf (HUG) Ospedali universitari di Ginevra (HUG)
Insel	Inselspital Universitätsspital Bern Hôpital universitaire de l'île, Berne Inselspital Ospedale universitario di Berna

interpharma	Verband der forschenden pharmazeutischen Firmen der Schweiz Association des entreprises pharmaceutiques suisses pratiquant la recherche Associazione delle imprese farmaceutiche svizzere che praticano la ricerca
KAV	Schweizerische Kantonsapothekervereinigung (KAV/APC) Association des pharmaciens cantonaux (KAV/APC) Associazione dei farmacisti cantonali
KKA	Konferenz der kantonalen Ärztgesellschaften (KKA) Conférence des sociétés cantonales de médecine (CCM) Conferenza delle società mediche cantonali (CMC)
KSSG	Kantonsspital St. Gallen
MEBEKO	Medizinalberufekommission Commission des professions médicales Commissione delle professioni mediche
OdASanté	Nationale Dachorganisation der Arbeitswelt Gesundheit Organisation faîtière nationale du monde du travail en santé Organizzazione mantello del mondo del lavoro per il settore sanitario
pharmaSuisse	Schweizerischer Apothekerverband Société suisse des pharmaciens Società svizzera dei farmacisti
Pill Group	Pill Group AG
PKS	Privatkliniken Schweiz Cliniques privées suisses Cliniche private svizzere
Pulsus	Pulsus
SAMW	Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) Académie suisse des sciences médicales (ASSM) Accademia svizzera delle scienze mediche (ASSM)
SBV	Schweizerische Belegärzte-Vereinigung (SBV) Association suisse des médecins indépendants travaillant en cliniques privées et hôpitaux (ASMI) Associazione svizzera dei medici indipendenti che lavorano in cliniche private (ASMI)
SFSM	Swiss Federation of Specialities SFSM Dachverband zur Vertretung der Fachgesellschaften der medizinischen Spezialisten Organisation faîtière des sociétés de discipline médicales spécialistes dans la FMH
SIWF	Schweizerisches Institut für ärztliche Weiter- und Fortbildung (SIWF) Institut suisse pour la formation médicale postgraduée et continue Istituto svizzero per la formazione medica
SPO	Stiftung SPO Patientenschutz (SPO) Fondation Organisation suisse des patients (OSP) Fondazione Organizzazione svizzera dei pazienti (OSP)
SSO	Schweizerische Zahnärzte Gesellschaft Société suisse des médecins-dentistes Società svizzera odontoiatri
vips	Vereinigung der Pharmafirmen in der Schweiz Association des entreprises pharmaceutiques en Suisse Associazione delle imprese farmaceutiche in Svizzera
VKS	Vereinigung der Kantonsärzte und Kantonsärztinnen der Schweiz (VKS) Association des médecins cantonaux de Suisse (AMCS) Associazione dei medici cantonali svizzeri (AMCS)
VKZS	Vereinigung der Kantonsärzte und Kantonsärztinnen der Schweiz (VKZS) Association des médecins dentistes cantonaux de Suisse (AMDCS) Associazione dei medici dentisti cantonali della Svizzera (AMDCS)
VLSS	Verein der Leitenden Spitalärztinnen und -ärzte der Schweiz (VLSS) Association des médecins dirigeants d'hôpitaux de Suisse (AMDHS)

	Associazione medici dirigenti ospedalieri svizzeri (AMDOS)
VSAO	Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO) Association suisse des médecins-assistants et chefs de clinique (ASMAC) Associazione svizzera dei medici assistenti e capiclinica (ASMAC)
VSKT	Vereinigung der Schweizer Kantonstierärztinnen und Kantonstierärzte (VSKT) Association suisse des vétérinaires cantonaux (ASVC) Associazione svizzera dei veterinari cantonali (ASVC)

## 5.2 Anhang 2: Statistische Übersicht

<b>Adressaten der Anhörung allgemein</b>	<b>zugestellt</b>	<b>erhalten</b>
1. Kantone	26	25
2. Interkantonale Organisationen	2	1
3. Anderere Organisationen und interessierte Kreis	38	17
<b>Total</b>	<b>66</b>	
Nicht begrüßte Stellungnehmende: - Andere Organisationen und interessierte Kreis		17
<b>Total erhaltene Stellungnahmen</b>		<b>60</b>

<b>Stellungnahmen zur Prüfungsverordnung MedBG und Prüfungsformenverordnung nach Kategorie der Stellungnehmenden</b>		
1. Kantone und Interkantonale Organisationen <b>17</b>	Zustimmend	<b>15</b>
	Ablehnend	<b>0</b>
	Ausdrücklicher Verzicht auf Stellungnahme	<b>2</b>
2. Andere Organisationen und interessierte Kreise <b>24</b>	Zustimmend	<b>24</b>
	Ablehnend	<b>0</b>
	Ausdrücklicher Verzicht auf Stellungnahme	<b>0</b>